



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Schule und Kultur  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 23.04.2015

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Schule und Kultur  
am Donnerstag, 30. April 2015, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 12.03.2015

### Bereich Kultur:

2. 15-F-03-0008

**ANLAGE**

Kulturentwicklungsplan: Einladung des IHK-Ausschussvorsitzenden  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.01.2015-

Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Kulturwirtschaft der IHK, Herrn Gerhard Schulz

3. 15-F-08-0023

Nachnutzung der ehemaligen Spielstätte des Pariser Hoftheaters in der Spiegelgasse  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 22.04.2015-

Mitte letzten Jahres wurde den Stadtverordneten mitgeteilt, dass das Pariser Hoftheater zum 30. September 2014 nach 28 Jahren seinen Spielbetrieb einstellt. Bereits am 18. September war -

auf Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN - im Ausschuss für Schule und Kultur ein Antrag für einen Sachstandsbericht Gegenstand der Tagesordnung und Aussprache.

In der Sitzung des Ausschusses vom 4. Dezember 2014 kam ein Antrag der Fraktion zur Aussprache mit dem Ziel, die Nachnutzung der Spielstätte in der Spiegelgasse als Kleinkunsthöhne durch ein anderes Theater zu ermöglichen.

Sieben Monate nach Schließung des Pariser Hoftheaters ist die Spielstätte trotz aller Bekundungen der Kulturdezernentin immer noch nicht wieder in Betrieb, obwohl schon recht frühzeitig nach Schließung des Pariser Hoftheaters beim Kulturamt eine ganze Reihe von Bewerbungen einging, die eine kulturelle Weiternutzung der Spielstätte in der Spiegelgasse als Kleinkunsthöhne möglich machen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge darüber informieren,

1. welche Bewerbungen mittlerweile dem Kulturamt bzw. der stadteigenen WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co.. KG für eine neue Nutzung vorliegen,
2. wie der Magistrat diese Bewerbungen beurteilt,
3. wie der Magistrat die städtischen Körperschaften, insbesondere den Ausschuss für Schule und Kultur, bei der Auswahl der künftigen Nutzerin beteiligen wird
4. und wann endlich der Prozess der Auswahl eingeleitet wird, um eine Nutzung als Kleinkunsthöhne wieder zu ermöglichen.

#### 4. 15-F-03-0050

Sprachförderung für Flüchtlinge und Zuwanderer - Raum- und Personalsituation an der Volkshochschule Wiesbaden  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2015-

Aufgrund der deutlich gestiegenen Flüchtlings- und Zuwanderungszahlen besteht an der Volkshochschule (vhs) Wiesbaden momentan im Bereich Deutsch als Zweitsprache (DaZ) ein akuter Mehrbedarf an Räumen und Lehrkräften. Zurzeit sieht sich die vhs nicht in der Lage, den Anforderungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nachzukommen, jeden Teilnehmer innerhalb von drei Monaten aufzunehmen.

Die vhs benötigt nach eigenen Angaben zusätzlich mindestens vier Räume, die vormittags bis abends belegt werden können. Der Bedarf ist durch Schulräume, die nur abends zu nutzen sind, nicht abzudecken. Um das gestiegene Arbeitspensum bewältigen zu können, benötigt die vhs nach eigenen Angaben mindestens eine weitere DaZ-Assistenz im Umfang von mindestens 19,5 Std./Woche.

Im Jahr 2013 verzeichnete die vhs insgesamt 3.335 DaZ-Teilnehmer/innen (Belegungen), 2014 waren es 4.079. Im Integrationskursbereich gab es 2014 insgesamt 640 neue Teilnehmende mit einer Integrationskursberechtigung, in den ersten vier Monaten des Jahres 2015 liegt diese Zahl bereits bei 250. In den Alphabetisierungskursen für Anfänger gibt es vor Februar 2016 keine freien Plätze mehr. Insgesamt sieht die vhs einen Mehrbedarf an mindestens sechs Kursen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

der Volkshochschule (vhs) Wiesbaden die Deckung des erforderlichen Mehrbedarfs durch zusätzliche und Miet- und Personalkosten, wie von ihr beantragt, zu ermöglichen.

## 5. 15-F-08-0024

Sachstandsbericht zur Walhalla - Sicherung des Spielbetriebs  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 22.04.2015-

Auf Antrag der Fraktion LINKE und PIRATEN befasste sich der Ausschuss für Schule und Kultur in seiner Sitzung am 4. Dezember 2014 mit der Situation der Walhalla. In der Aussprache über den Antrag der Fraktion erklärte das Kulturdezernat tätig zu werden, um den Spielbetrieb der Walhalla zu sichern und zu verhindern, dass - nach dem Pariser Hoftheater - eine weitere Kleinkunsthalle geschlossen wird. Der Antrag wurde daraufhin als „erledigt“ betrachtet. Zu den Haushaltsberatungen 2014/15 erklärte das Kulturdezernat, dass die für die kleinen Bühnen vorgesehenen städtischen Mittel - sollten sie bei einer der Bühnen nicht in der eingestellten Höhe benötigt werden - auch für andere Bühnen verwendet werden können, wenn dort ein höherer Bedarf besteht. Nachdem durch die Schließung des Pariser Hoftheaters zum 30. September 2014 von den für diese Bühne vorgesehenen Mitteln nun ein erheblicher Teil nicht angefordert wurde bzw. nicht mehr benötigt wird, sind zusätzliche Mittel für die Unterstützung der Walhalla vorhanden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge berichten über die Situation der Walhalla und in welcher Höhe zusätzliche Mittel benötigt werden, um den Spielbetrieb der Walhalla zu sichern.

Der Magistrat möge berichten, welche Maßnahmen er ergriffen hat, um den Spielbetrieb der Walhalla zu sichern.

Der Magistrat möge nicht mehr für das Pariser Hoftheater benötigte Mittel zur Deckung einer möglichen Finanzierungslücke bei der Walhalla verwenden.

## 6. 15-F-08-0025

Sicherung der Walkmühle als kulturelles Zentrum und Veranstaltungsort  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 22.04.2015-

Mit Beschluss vom 23. Mai 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung die nachhaltige Etablierung der denkmalgeschützten Anlage Walkmühle als kulturelles Zentrum und Veranstaltungsort als Aufgabe für die Verwaltung und die stadt-eigene WIM Liegenschaftsfonds GmbH&Co KG festgeschrieben. Der stadt-eigenen Gesellschaft wurde zu diesem Zweck 4 Millionen € Zuschuss gewährt. Durch eine Informationsbroschüre des Künstlervereins Walkmühle e.V. wurden kürzlich konkrete Fakten über die Aktivitäten der stadt-eigenen Gesellschaft öffentlich bekannt, die die Frage aufkommen lassen, ob die stadt-eigene Gesellschaft dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Auftrag folgt oder diesem zuwiderhandelt. Die von der WIM Liegenschaftsfonds GmbH&Co KG anvisierte Höhe des Mietpreises scheint den von der Stadt gezahlten zweckgebundenen Zuschuss in Millionenhöhe und die zur Verfügung gestellten Immobilien nicht sachgerecht zu berücksichtigen. Die Zukunft der Walkmühle als kulturelles Zentrum und Veranstaltungsort sowie die mit diesem Ort verbundenen kulturellen Aktivitäten erscheinen damit hochgradig gefährdet.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge über den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen dem Kulturdezernat und der stadteigenen Gesellschaft über die Perspektive der Walkmühle und die beabsichtigte Finanzierung dieses kulturellen Zentrums und Veranstaltungsortes berichten.

Der Magistrat möge beantworten, wie er die von der stadteigenen Gesellschaft vorgetragene finanzielle Kalkulation und die daraus abgeleiteten Vorstellungen über die Höhe der Mieten bewertet.

Der Magistrat möge darlegen, wie er sicherstellen wird, dass die der stadteigenen Gesellschaft gewährten Zuschussmittel und für 1 € übertragenen Immobilien für den beschlossenen Zweck nachhaltig verwendet werden.

Der Magistrat möge darlegen, welche finanziellen Mittel in die kommenden städtischen Haushalte 2016/17 und folgende pro Jahr eingestellt werden müssen, um die Walkmühle als kulturelles Zentrum und Veranstaltungsort und die mit ihr verbundenen kulturellen Aktivitäten nachhaltig zu sichern.

### Bereich Schule:

#### 7. 15-F-33-0036

Sachstand Neubau der Grundschule Breckenheim  
-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 22.04.2015-

Für den Neubau der Grundschule gibt es mehrere Varianten der Umsetzung. Seitens der Elternschaft, der Schulleitung und des TV 1890 Breckenheim wurde im Zuge des bisherigen Diskussionsprozesses die Variante eines Neubaus auf dem Sportplatz Breckenheim ins Spiel gebracht (Variante A). Hierdurch würde der bestehende Sportplatz entfallen. Es besteht die Möglichkeit zum Abriss des bestehenden Gebäudes und dem anschließenden Neubau am jetzigen Standort (Variante B). Seitens des Ortsbeirates wurde ein Beschluss gefasst, die Schule nördlich des Sportplatzes zu errichten, um diesen auch weiterhin für den Sportbetrieb zu erhalten. (Variante C)

Der Magistrat wird gebeten weitere Prüfungen zu veranlassen, die eine Entscheidungsfindung über den Neubau einer Grundschule (GS) in Breckenheim einschließlich der erforderlichen Kinderbetreuung ermöglichen.

Dabei sollen folgende Punkte im Einzelnen geprüft und die Ergebnisse den Ausschüssen für Freizeit und Sport sowie Schule und Kultur schriftlich vorgelegt werden:

1. Die Auslastung des Breckenheimer Sportplatzes in den vergangenen drei Jahren. Eine aktuelle Erläuterung des Zustandes sowie damit verbundene mögliche Entwicklungsperspektiven des aktuellen Sportplatzes aufzuzeigen und eine sportpolitische Bewertung unter Abwägung gesamtstädtischer Interessen vorzunehmen. Zudem wird mit Blick auf die „Variante A“ gebeten, die Eigentumsverhältnisse des Sportplatzes aufzuzeigen.
2. Die Entwicklungsmöglichkeiten einer Grundschule inklusive Betreuungsangebot auf dem Grundstück der bestehenden Grundschule („Variante B“).
3. Die vom Ortsbeirat Breckenheim favorisierte Variante „C“ (Neubau der GS auf einem noch anzukaufenden, nördlich an den vorhandenen Sportplatz angrenzenden Grundstück) auf ihre Realisierbarkeit innerhalb eines angemessenen Kosten- und Zeitrahmens.
4. Zudem wird nach unter Berücksichtigung der Punkte 1-3 erbeten, eine Vergleichskostendarstellung aufzustellen, die auch notwendige Infrastrukturmaßnahmen soweit wie möglich berücksichtigt. Ferner sollen die planungsrechtlichen Grundlagen und ggf. weiteren Anforderungen für die jeweiligen Varianten dargelegt werden.

Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten im Hinblick auf eine in Breckenheim akzeptierte Lösung Gespräche mit

1. dem gesamten Ortsbeirat Breckenheim
2. dem Turnverein 1890 e.V. Breckenheim
3. der Schulleitung und dem Schulelternbeirat der GS Breckenheim
4. Vertretern des Trägers der Kinderbetreuung an der Grundschule
5. den derzeitigen Nutzern des Sportplatzes
6. Vertretern der Kindertagesstätten in Breckenheim

zu führen

## **8. 15-F-03-0051**

Sachstand Albert Schweitzer Schule

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2015-

Der Neubau der Albert Schweitzer Schule ist bereits beschlossen. Die letztmalige Befassung im Ausschuss erfolgte im November 2014. Der ursprüngliche Auftrag an das Hochbauamt wurde mit Beschluss der StVV vom Dezember 2012 erteilt und an die Freigabe der Kreditermächtigungen für das Stadtmuseum gekoppelt. Mit Sitzungsvorlage 13-V-40-0022 erfolgte ein grundsätzlicher Planungsauftrag und die Standortermittlung. Dieser Auftrag wurde explizit nicht in der Sitzung der StVV vom Februar 2015 aufgehoben, so dass die Fraktion davon ausgeht, dass die Finanzierung weiterhin über die freigewordene Kreditermächtigung sichergestellt ist.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie der aktuelle Planungsstand bzgl. der Realisierung des Neubaus der Albert-Schweitzer-Schule ist?
2. ob die Finanzierung des Neubaus weiterhin gesichert ist?

## **9. 15-F-03-0052**

Sachstand Grundschule Rheingauviertel/Hollerborn

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2015-

Nach Aussagen des Schulamtes macht die steigende Zahl der Schulneuanmeldungen eine weitere Grundschule im Innenstadtbereich (Gebiet Rheingauviertel Hollerborn) in den kommenden Jahren notwendig.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. ob nach wie vor eine neue Grundschule in diesem Gebiet benötigt wird?

Wenn ja,

2. an welchem Standort diese gebaut werden soll?
3. ab welchem Schuljahr sie Schüler aufnehmen soll bzw. wieviel Züge sie erhalten soll?
4. wie sie finanziert wird.

**10. Verschiedenes (Bereiche Kultur und Schule)**

## Tagesordnung II

- |           |  |                   |
|-----------|--|-------------------|
| <b>1.</b> | <b>15-V-41-0001</b>  | <b>DL 13/15-6</b> |
|           | Hessische Theatertage 2015 in Wiesbaden  |                   |
| <b>2.</b> | <b>15-V-40-0017</b>  | <b>DL 12/15-2</b> |
|           | Theodor-Fliedner-Schule - Errichten von Containerklassen                               |                   |
| <b>3.</b> | <b>15-V-80-8003</b>  | <b>DL 12/15-5</b> |
|           | Fortführung Projekt Lernwerkstatt - Schuljahre 2015/16 und 2016/17                     |                   |
| <b>4.</b> | <b>15-V-40-0004</b>  | <b>DL 13/15-3</b> |
|           | Bericht Entwicklung Grundschulkinderbetreuung und ganztägige Angebote 2. Halbjahr 2014 |                   |
| <b>5.</b> | <b>15-V-40-0009</b>  | <b>DL 13/15-4</b> |
|           | Louise-Schroeder-Schule - Neubau der Gastronomieküche -                                |                   |
| <b>6.</b> | <b>15-V-40-0018</b>  | <b>DL 13/15-5</b> |
|           | Jahresabschluss 2014 - Justus-von-Liebig-Schule; Mehrkosten Planung                    |                   |

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 30. April 2015

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Schickel**  
**Vorsitzender**